

Arbeiterstimme

Einzelnummer 10 Pfennig
Bei Abbestellung 10 Pfennig

Tageszeitung der KPD. / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ostfachsen
Beilagen: Der Rote Stern, Die Kommunistin, Der kommunistische Gewerkschafter, Der kommunistische Genossenschaftler, Wirtschaftliche Rundschau, Kunst und Wissen

Abbestellungspreis für den Monat frei Haus 2 RM. (halbmönatlich 1 RM.); durch die Post bezogen monatlich 2 RM. (ohne Zustellungsgebühr) / Verlags: „Arbeiterstimme“, Dresden-2, / Geschäftsstelle und Expedition: Mühlentorstr. 2 / Fernsprechnummer 14191 / Postfach Dresden Nr. 13353, Emil Schlegel-Str. 2 / Dresden-2, Güterbahnhofstr. 2 / Fernspr.: Amt Dresden Nr. 17239 / Zustellungsstelle: „Arbeiterstimme“ Dresden / Sprechstunden der Redaktion: Wochentags 4-6 Uhr (außer Dienstag u. Donnerstag)

Anzeigenpreis: Die neunmal gebaltene Nonpareilzeile oder deren Raum 0,30 RM. für Familienanzeigen 0,20 RM., für die Restamzeige anschließend an den beigefügten Tarif 1,35 RM. Anzeigenannahme tags vorher bis 4 Uhr nachmittags in der Expedition Dresden-2, Güterbahnhofstr. 2 / Die „Arbeiterstimme“ erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen / In Fällen höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Zurückzahlung des Bezugspreises

2. Jahrgang

Montag, den 8. November 1926

Nummer 250

Zum 9. November!

Kein revolutionärer Arbeiter wird am 9. November 1918 auch nur die Möglichkeit erwogen haben, daß wir acht Jahre später unter solchen politischen und sozialen Verhältnissen leben werden, wie sie heute in Deutschland bestehen. Aber auch die sozialdemokratischen Arbeiter, die Gegner der proletarischen Diktatur in der Form der Räte-republik waren, haben sich geglaubt, daß die von ihrer Führung erstrebte bürgerliche Demokratie nach acht Jahren keine Reibung zeitigen wird, unter denen heute die gesamte Arbeiterklasse leidet. Die sozialdemokratischen Arbeiter betraulichten damals Nationalversammlung und bürgerliche Demokratie als einen besseren Weg zum Aufbau des Sozialismus, als die bolschewistische Methode der Kommunisten. Nun, die acht Jahre bürgerlicher Republik haben ihnen gezeigt, wie gerade durch die Anwendung der sozialdemokratischen Methoden das Bürgertum gestärkt und die Arbeiterklasse geschwächt worden ist.

Der Spartakusbund erschien den sozialdemokratischen Arbeitern im November 1918 als Störenfried, der die Mehrheit des Proletariats an dem sicheren und friedlichen Wege des Aufbaues des Sozialismus nach sozialdemokratischem Muster nur hindern wolle. Die Massen begreifen insbesondere nicht, daß die Sozialdemokratie, die vier Jahre lang den deutschen Imperialismus unterhalten hatte, auch weiterhin das Proletariat dem Bürger-tum ausliefern werde. Die Frage der Koalitionspolitik mit bürgerlichen Parteien war schon am 10. November 1918 der Punkt, der die entscheidende Gegenüberstellung zwischen dem Spartakusbund und der Sozialdemokratie aufrief. In einem Flugblatt des in seiner Mehrheit aus Kommunisten zusammengesetzten Arbeiter- und Soldatenrats in Neudorf wird der Sozialdemokratie die Bildung einer Einheitsfront unter der einzigen Bedingung angeboten: „mit dem Bürgertum zu paktieren, das Lüge und Lüge nicht geben... Die Arbeiterklasse würde ihre Errungenschaften zertümmert sehen, wenn sie mit den herrschenden Klassen verhandelt.“

Aus dieser Grundeinstellung der Klassenfeindschaft gegenüber der Bourgeoisie ergaben sich alle Forderungen, die der Spartakusbund bereits in seinem Flugblatt am Nach-mittag des 9. November 1918 unter der Forderung war: Ent-waffnung des gesamten Bürger-tums und Bewaffnung des Proletariats; Beseitigung der bürgerlichen Parlamente und Übernahme der Regierung durch die Arbeiter- und Soldatenräte. Der Spartakusbund wußte, daß er in diesen Räten noch keine Mehrheit haben würde; aber auf Grund der Erfahrungen der russischen Revolution trat er für die Errichtung eines sich auf Räte aufbauenden Arbeiterstaates ein. Zugleich warnte er davor, den Regierungsozialisten, die 4 Jahre lang die Bourgeoisie unterstüzt haben und die nichts anderes können, als dies weiter zu tun, auch nur eine Stimme bei der Wahl der Räte oder bei der Wahl der provisorischen Regierung durch den Berliner Arbeiter- und Soldatenrat zu geben.

Als die Räte am Abend des 10. November 1918 diese Gedanken in der ersten Versammlung der Berliner Arbeiter- und Soldatenräte aus-sprach, verstanden ihn diese Delegierten nicht. Die stürmische Zustimmung, die Liebknecht bei seiner Begrüßung gefunden hatte, wandelte sich am Ende seiner Rede in entschiedene Ablehnung, zumal die bürgerliche und sozialdemokratische Boykottbewegung gegen die Räte bereits am Morgen des 10. November eingeleitet hatte. Den Arbeitern und Soldaten erschien es unverständlich, daß die Sozialdemokratie auch jetzt noch mit Mißtrauen gegen die Räte verfahren solle, nachdem ein Scheidemann sich an der for-malen Ausrufung der Republik beteiligt hatte. Die „Kommunisten“, die von dem Rat der Volksbeauftragten als Agenten des Bürger-tums berufen wurden, hielten die Massen damals für völlig ungeschult. Sie sahen nicht, daß die Sozialdemokratie auf eine planmäßige Degeneration und Stärkung des Bürger-tums hinarbeitete.

Wenn der Spartakusbund die Koalitionspolitik ent-schieden ablehnte, so ergab sich daraus notwendigerweise auch die Beseitigung des bürgerlichen Parlamentarismus und die Übernahme der bolschewistischen Lösung: „Alle Macht den Räten!“ Die Tätigkeit der Sozialdemokra-tie dagegen war vom ersten Tage des Umsturzes an darauf gerichtet, den durch die revolutionären Ereignisse erschlüp-terten bürgerlichen Staat und Verwaltungsapparat wie-der zu stärken und aufzubauen. Deshalb wurde die Hin-dernis an die Spitze des Heeres gestellt, deshalb wurde die

Polizei wieder bewaffnet und mit den alten Vollmachten versehen, deshalb sollte die bürgerliche Justiz un-angetastet bleiben, deshalb wurden die revolutionären Rechte der Arbeiter- und Soldatenräte als Eingriffe in die Kommandogewalt planmäßig behütet und alle diese Maßnahmen des Rats der Volksbeauftragten dienten dem Schutz des geheiligten Privateigentums, dessen Abschaffung nach Auffassung der Sozialdemokratie nur Diebe und Mörderer fordern konnten. Die ganze Tätigkeit der Sozialdemokratie war nicht darauf gerichtet, die Kraft und Macht der Arbeiterklasse zu stärken, sondern das Unternehmertum vor den Auswirkungen dieses geist-igeren revolutionären Bewußtseins zu schützen. Dieses Ziel bildete so sehr die Hauptaufgabe der Sozialdemokra-tie, daß die SPD dahinter sogar die Verwirklichung ihrer im Erfurter Programm verkündeten Reformvorschlüge ver-sagte, obgleich ein großer Teil von ihnen auch in einer bür-gerlichen Republik möglich war. Vernachlässigung der eigen-reformistischen Forderungen, Bejahung der Koalitionspolitik und Ablehnung der proletarischen Diktatur, stehen aber in einem unlöslichen Zusammenhang, und des-halb kann und wird eine wirkliche Verbesserung der Lage der Arbeiterklasse erst das Resultat eines entschiede-nen Bruchs jeder irgendwie gearteten Koa-lition mit dem Bürger-tum und eines vor teil-ner Konsequenz zurückschreitenden revolu-tionären Kampfes sein.

Der 7. November!

Berlin, 8. November. (Eigener Drahtbericht.)
Die am Sonntag anlässlich des 9. Jahrestages der rus-sischen Revolution von der kommunistischen Partei abge-haltenen Kundgebungen waren ausnahmslos überfüllt. Die Reden unserer Genossen, die die grandiose Aufbaubarkeit im sozialistischen Rußland schilderten, wurden mit großem Beifall aufgenommen.

Die Kundgebung in Dresden
Die von der kommunistischen Partei in Dresden ein-berufene Kundgebung zur 9. Wiederkehr der proletarischen Revolution in Rußland, die im Kristallpalast stattfand, war außerordentlich stark besucht. Die Ansprache des Gen. Erich Weisker wurde von den Anwesenden mit Begeisterung aufgenommen. Im Anschluß an die Kundgebung formierte sich ein Demonstrationzug, der sich durch die Straßen der Stadt bis zum Ausstellungspalast bewegte. Nach einer kurzen Ansprache des Kameraden Dietrich vom Roten Frontkämpferbund löste sich die Demonstration auf.

Auch in anderen Orten des Bezirks waren, wie un-gemeldet wird, die von der kommunistischen Partei ein-berufenen Kundgebungen außerordentlich stark besucht. Die starke Beteiligung an den Veranstaltungen zeigt das wachsende Vertrauen der Arbeiter zur kommunistischen Partei und ihre Sympathien für das Land der Arbeiter und Bauern.

Vorwärts in den Gemeinden!

Der mit der Arbeitermehrheit in den Kommunen

Am kommenden Sonntag finden in allen Städten und Ge-meinden Sachsens die Wahlen zu den Gemeindeparlamenten statt. Die Gemeindeordnungen sind nicht von geringerer Bedeutung wie die Landtagswahlen. Waren es früher vielfach rein zürliche Momente, die eine große, manchmal ausschlag-gebende Rolle spielten oder zu spielen übten, so treten jetzt die allgemein politischen Probleme auch in der Gemeindepolitik klar zu Tage. So daß für die kommunistische Partei gerade unter Ausnutzung der üblichen Erfahrungen die härtesten Wäg-schneitern der Agitation und der Mobilisierung des Proletariats, wie auch der übrigen werktätigen Schichten der

1926
Bevölkerung gegeben sind. Die Wirtschaftskrisen, die die Erwerbslosigkeit als Dauererscheinung, der Nieder-gang des Mittelstandes, die wachsende Not der Erwerbslosen, die ungeheure Wohnungsnot, das Elend der Arbeits-, Kriegs- und Kleinrentner stellen alle Arbeitergemeinden vor Aufgaben, die im Rahmen des bürgerlichen Staates unlösbar sind, wo jeder Versuch, ernsthaft an ihre Lösung heranzugehen, auf die Schranken der Demokratie, auf den beschränkten Widerstand der Landes- und Reichsinstanzen stößt. Die Reichs- und Länderpolitik hat die Beseitigung aller wesentlichen sozialen Aufgaben den Gemeinden übertragen. In den Gemeinden müssen alle Spannungen des Kampfes in der Gemeindepolitik und der bürgerlichen Staat zu verbergen sucht. Für uns Kommunisten kommt es darauf an, diese Tatsachen aufzuzeigen, und sie gegen die Bourgeoisie aus-zuwählen. Keinesfalls können die Kompetenzen, die die bür-gerlichen Gremien den Gemeinden zuweisen, die Nichtbeachtung des Handelns und des Wirkens sein. Wir würden die breiten Massen am Kommunismus irre werden lassen, falls ihnen die Wege des Kampfes zu weisen. Die wichtigsten Fragen der vergangenen Jahre werden auch in der Zukunft stehen. Die Erfahrungen der Vergangenheit müssen uns befruchten, die von uns eingeschlagene Politik noch viel energischer einzuhalten. Im Wahlkampf werden wir rücksichtslos unsere Auffassung, unsere Richtlinien denen der verschiedenen Gruppen entgegenstellen, alle die „Interessen- und Arbeitervertreter“ haben bewiesen, daß sie nicht wagen, gegen den Staat zu rebellieren, daß sie dafür aber ihre eigenen Gruppen im Stich lassen. Die Inter-essen der werktätigen Massen und die Notwendigkeiten der Bourgeoisiepublik lassen sich miteinander nicht in Einklang bringen. Die SPD-Koalitionspolitik hat auch in den Gemeinde-parlamenten die schlimmsten Früchte gezeitigt. In den mei-sten Gemeinden Sachsens war das Zusammen-arbeiten der SPD mit dem Bürger-tum das, was die Koalitionsregierung von Heide bis Brügger in Sachsen war.

Wo waren in den Gemeinden die SPD-Vertreter, als es galt, gegen die Verschlechterung der Gemeindeordnung der Koalitionsregierung Heide Sturm zu laufen? Was taten die SPD-Vertreter für die Erwerbslosen, für die Sicherstellung des Achtstundentages in den Gemeindebetrieben. Aus fast allen Gemeinden wird berichtet, daß die Anträge der Kommunisten mit den Stimmen der SPD und bürgerlichen abgelehnt wurden. Daselbe Bild zeigt sich auch im Kampfe gegen die Woh-nungsnot und in der Steuerpolitik. Die Erträge der Miet-sinsten werden zum größten Teil für Verwaltungszwecke ver-wandt. Als einzige Abhilfe, um die dringenden Probleme und Aufgaben der Gemeinden zu lösen, wird empfohlen, weitere Mietsteigerungen, Erhöhung der Zuschläge für Grund- und Gewerbesteuer, also weitere Be-lastung für die breiten Schichten der Arbeiter, günstige Aus-sichten für alle Arten der Spekulationen. Bei allen Forderungen der Kommunisten und bei jeder Gelegenheit wird erklärt: Es fehlt an Geld. Diese Antwort wird immer härter den Massen entgegenzogen; denn die Gemeindeaufgaben wachsen



Wählt bei den Gemeindevahlen am Sonntag, 14. November nur die Liste der Kommunisten